



REPUBLIK ÖSTERREICH
DIE BUNDESMINISTERIN FÜR JUSTIZ

BMJ-Pr7000/0177-Pr 1/2013

Museumstraße 7
1070 Wien

Tel.: +43 1 52152 0
E-Mail: team.pr@bmj.gv.at

Herr
Präsident des Bundesrates

2735 /A.B. BR/ 2013
zu 2953 /J BR/ 2013
Präs. am 26. Aug. 2013

Zur Zahl 2953/J-BR/2013

Die Bundesräte Marco Schreuder, Kolleginnen und Kollegen haben an mich eine schriftliche Anfrage betreffend „Vertretung angefochtener Bundesgesetze vor dem Verfassungsgerichtshof“ gerichtet.

Ich beantworte diese Anfrage wie folgt:

Zu 1 bis 4:

In den beiden anfragerlevanten Verfahren forderte der Verfassungsgerichtshof die Bundesregierung gemäß § 63 Abs. 2 VfGG auf, eine schriftliche Äußerung zu erstatten. Daraufhin ersuchte der Verfassungsdienst des Bundeskanzleramts – wie in solchen Fällen üblich – das Bundesministerium für Justiz als inhaltlich mit zuständiges Ressort um Vorbereitung einer Stellungnahme für die Bundesregierung. Das Bundesministerium für Justiz kam diesem Ersuchen nach. In weiterer Folge kam es jedoch nicht mehr zur Befassung der Bundesregierung mit der Abgabe einer Äußerung. Um die der geltenden Rechtslage zugrunde liegenden wesentlichen Sachargumente in den Verfahren vor dem Verfassungsgerichtshof festzuhalten, ließ ich die Expertise meines Hauses ausarbeiten.

Wenngleich diese dem Verfassungsgerichtshof übermittelten Schreiben eine formelle Äußerung der zur Vertretung des angefochtenen Bundesgesetzes berufenen Bundesregierung gemäß § 63 VfGG nicht ersetzen können (und sollen), so ist es – entgegen der Auffassung der Fragesteller – keineswegs unzulässig, dem Verfassungsgerichtshof die Sicht des fachlich zuständigen Ressorts darzulegen.

Wien, 22. August 2013

Dr. Beatrix Karl